

In nicht geringerer Weise als andere Politikfelder bedarf auch die Außenpolitik einer ethischen Fundierung. Ein eindrucksvoller Beleg für diese Feststellung ist der dramatische Wandel, der um 1990 die politische Landkarte über Europa hinaus verändert hat. Im Westen Deutschlands war dieser Entwicklung eine Phase vorausgegangen, in der das Handeln wichtiger Teile der politischen Klasse von Beliebigkeit und Desorientierung bestimmt war; gegenüber dem Schicksal der Menschen, die über die politischen und materiellen Selbstverwirklichungsmöglichkeiten des Westens nicht verfügten, zeigte man ein unbeschwertes Desinteresse.

Der Ost-West-Konflikt konnte freilich erst überwunden werden und die Selbstbefreiung der Völker des ehemaligen „Ostblocks“ warerstmöglich, als die westlichen Demokratien sich ihrer Grundlagen besannen und wieder bereit waren, für sie einzustehen. Diese Selbstbesinnung war zugleich Voraussetzung für eine neue und zukunftsfähige Europapolitik.

Ein Wegbereiter

Alois Mertes, einer der herausragenden Politiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den siebziger und achtziger Jahren, gehörte zu den Wegbereitern dieser Politik. Er wäre am 29. Oktober 2001 achtzig Jahre alt geworden.

Mertes stammte aus dem Grenzgebiet zu Luxemburg und Lothringen, mithin einem europäischen Kerngebiet, das auf eine mehr als 1500-jährige sehr bewusst christliche Tradition zurückblickt. Feind-

selige Nationalismen sind den Menschen dieser Region fremd. Mertes hat wiederholt und mit Stolz festgestellt, dass das Rheinland und seine eifelländische Heimat sich als besonders immun gegen den Totalitätsanspruch der Nationalsozialisten und ihren Rassenwahn erwiesen hatten. Seinem nationalsozialistischen Biologielehrer und dessen These von der Überlegenheit der germanischen Rasse hielt der Gymnasiast Mertes offen entgegen, dass im Rheinland bereits Juden wohnten, lange bevor die Germanen dort siedelten.

Nach dem humanistischen Abitur zur Wehrmacht einberufen, geriet der junge Leutnant bei Kriegsende in amerikanische Gefangenschaft. Als Deutschland, wie er es später formulierte, „ein physischer und moralischer Trümmerhaufen“ war, bildeten christlicher Glaube und humanistische Bildung ein geistiges Fundament, das noch kurz zuvor als rückständig gegolten hatte und das ihm und vielen seiner Generation jetzt Zuversicht und Weisung in einer Zeit der Hoffnungslosigkeit bot.

Mertes arbeitete nach Kriegsende als Dolmetscher für den französischen Kommandanten in seinem Landkreis, wurde aber entlassen, weil er Übergriffe der Besatzungsmacht kritisiert hatte. Seiner grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber dem westlichen Nachbarn hat diese schlechte Behandlung keinen Abbruch getan. Er studierte an der Universität Bonn Romanistik und Geschichte, besuchte bereits 1949/50 die Sorbonne in

Paris und wurde wenig später mit einer Arbeit promoviert, in der er die französische Haltung gegenüber dem nationalen Einheitsstreben in Deutschland im neunzehnten Jahrhundert untersuchte – ein Thema, das über die historische Fragestellung hinaus aktuelle Bedeutung gewonnen hatte.

Europa als Brücke

Für Mertes bildeten die grenzüberschreitende Annäherung auf christlicher Grundlage und der Gedanke an das vereinte Europa eine tragfähige Brücke zwischen den Völkern. Zu dem geistigen Umfeld, das ihn und seine Studentengeneration prägte, gehörten die akademischen Lehrer Robert Curtius und Franz Steinbach, es gab Verbindungen zu Romano Guardini und Walter Dirks, mit dem er wenig später in der Wiederbewaffnungsfrage nicht übereinstimmen konnte, es begann die Freundschaft mit Joseph Rován.

Nach Abschluss seiner Studien trat Alois Mertes 1952 in das Auswärtige Amt ein. Dort erlebte er die Hochphase des Kalten Krieges und die folgende Entspannungspolitik – entscheidende Phasen deutscher und internationaler Nachkriegspolitik. Als Diplomat an der deutschen Botschaft in Paris wurde er Zeuge einer der dramatischsten Phasen der jüngeren Geschichte Frankreichs – der Krise des nationalen Selbstverständnisses, des innenpolitischen Umbruchs und erschütterter internationaler Bedeutung: Frankreichs Rückzug aus den Kolonien, die Algerien-Krise (1960–62) und die Anfänge der V. Republik. Es war auch die Zeit der von den Sowjets provozierten Krisen in Berlin (1958), des Mauerbaus (1961) und schließlich Kubas (1962).

Diesen Krisenerfahrungen stand ein positives Erlebnis von epochaler Bedeutung gegenüber – die Unterzeichnung des Elysée-Vertrages durch Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Als Mertes von Paris nach Moskau wechselte, stand Deutschland unter dem Schock des Mauerbaus vom 13. August 1961. Hinter den Kulissen aber begannen unter Bundeskanzler Ludwig Erhard und Außenminister Gerhard Schröder vorsichtige Versuche, die Beziehungen zu den Staaten Osteuropas zu verbessern.

Realismus gegenüber der Sowjetunion

Mertes, der sich auf seine Moskauer Aufgabe sorgfältig vorbereitet hatte, trat für einen offenen Dialog ein, war aber kein Freund politisch-rhetorischer Beliebigkeit. Er hat das Sowjetsystem und seine Strategie nüchtern eingeschätzt und ist illusionären Auffassungen deutlich entgegengetreten. Von Moskauer Seite begegnete man ihm mit Misstrauen, und nachdem die Bundesregierung einen sowjetischen Diplomaten der Spionage überführt und zur *Persona non grata* erklärt hatte, musste Mertes als Retourkutsche Moskau verlassen. Die regierungsnahe Tageszeitung *Iswestija* titulierte ihn hasserfüllt als „Jesuit in Diplomatenuniform“, was Mertes gewiss nicht als ehrenrührig empfand.

Mertes hat stets unterschieden zwischen dem kommunistischen Regime und den Völkern der Sowjetunion, im Besonderen dem russischen Volk, zu dessen Kultur und historischem Schicksal er persönlichen Zugang fand. Lew Kopelew, der aus seinem eigenen Vaterland ausgewiesene russische Germanist und Schriftsteller, wurde einer seiner engsten Gesprächspartner.

Mertes' zunächst letzte Station im Auswärtigen Amt war die Leitung des Referates „Europäische Sicherheit und regionale Abrüstung“. Dem ostpolitischen Kurswechsel der sozial-liberalen Bundesregierung Brandt/Scheel, die im Herbst 1969 die Regierung Kiesinger abgelöst hatte, stand Mertes skeptisch gegenüber, ohne dass er seine Loyalitätspflichten je

Alois Mertes, 1921–1985

Foto: ACDP



vernachlässigt hätte. Für ihn waren klare Begrifflichkeit und die Wahrung von Rechtspositionen allerdings kein „Formelkram“, wie es auf Regierungsebene hieß, sondern Voraussetzung einer über den Tag hinausreichenden verantwortungsbewussten und tatsächlichen Friedenspolitik. Die Preisgabe von Interessen und Rechtspositionen nutzten nach seiner Überzeugung der Glaubwürdigkeit Deutschlands im Ausland nicht. Vielmehr schien ihm Berechenbarkeit die bessere Garantie für ein friedliches Neben-

einander. Von regierungsnaher Seite suchte man ihm – letztlich vergeblich – den Ruf eines rückwärts gewandten „Kalten Kriegers“ anzuhängen. Die Parallele zu der früheren Bewertung durch die sowjetischen Stellen war verblüffend.

Dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, dass Mertes die damals unter deutschen Sozialdemokraten und in den Medien aufkommende Äquidistanz zu den USA und zur Sowjetunion ablehnte, die mittelbar auch in der Gleichsetzung der Ostpolitik Brandts und der Westpolitik

Adenauers zum Ausdruck kam. Es war vor diesem Hintergrund folgerichtig, dass er den Weg in die aktive Politik suchte. Zunächst wurde er unter dem Ministerpräsidenten Helmut Kohl Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund. So konnte er über den Bundesrat offen und aktiv zu außenpolitischen Fragen Stellung nehmen.

Die Ostverträge

Seine Skepsis gegenüber der neuen Ostpolitik verstärkte sich, als im Frühjahr 1972 deutlich wurde, dass zwischen der deutschen und der sowjetischen Interpretation der Ostverträge eine gefährliche Diskrepanz bestand. Erschwert wurde die Lage dadurch, dass sich Egon Bahr als Verhandlungsführer der Regierung lange weigerte, der Opposition vollständigen Einblick in die Verhandlungsunterlagen zu gewähren. Mertes hat dann im Hintergrund wichtigen, mitentscheidenden Anteil daran gehabt, dass die CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag den „Brief zur Deutschen Einheit“ vom 12. August 1970 und die „Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages“ vom 17. Mai 1972 erreicht und durchgesetzt hat, dass sie nicht nur deklaratorischen Charakter hatten, sondern völkerrechtliche Anerkennung fanden. So – und nur so – konnte die deutsche Frage rechtlich offen gehalten werden. Für die politische Offenhaltung hat Mertes engagiert wie wenige bis zu seinem Tod innen- und außenpolitisch gestritten.

Kritische Loyalität

Im Herbst 1972 wurde Mertes in den Deutschen Bundestag gewählt. Als „Seiteneinsteiger“ verfügte er nicht über eine Hausmacht, musste sich vielmehr seine Stellung in der Fraktion durchaus mühevoll erarbeiten. Andererseits konnte er so einen hohen Grad persönlicher Unabhängigkeit wahren: Auf seine Loyalität durfte in Fraktion und Partei gerechnet werden,

nicht aber auf ein unkritisch-sprachloses Einschwenken und Einlenken.

Schon in seiner ersten Legislaturperiode übernahm er wichtige Aufgaben, so als Mitglied des Auswärtigen und des Innerdeutschen Ausschusses sowie des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle; faktisch wurde der engagierte und wirkungsvoll auftretende Debattenredner außenpolitischer Sprecher der Fraktion.

Der praktizierende Katholik Mertes sah sich deutschland- wie kirchenpolitisch gefordert, als der Heilige Stuhl unter Papst Paul VI. eine neue Ostpolitik entwickelte und in diesem Zusammenhang die deutschen Bistumsgrenzen infrage stellte. Mertes wandte sich auch im Gespräch mit deutschen Bischöfen nachdrücklich gegen diese Politik: Die alten Diözesangrenzen, die im doppelten Sinne über die innerdeutsche Grenze hinweggingen, bildeten eine der letzten formalen Klammern zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Nicht zuletzt im Zusammenspiel mit Heinrich Krone trug Alois Mertes dazu bei, dass die kurzfristig angelegten und daher im Prinzip ganz unrömischen Vorstellungen aufgegeben wurden.

Mertes hatte in der Debatte über die Ostverträge stets klar Position bezogen; nach ihrer Ratifizierung galt für ihn wie für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Grundsatz *pacta sunt servanda*, eine Formel, die nach der Ablösung Brandts durch Helmut Schmidt 1974 von der staatspolitischen Selbstverständlichkeit zur Grundlage größerer Gemeinsamkeiten weiterentwickelt werden konnte.

Mertes und Genscher

Seit 1976/77 traf sich Mertes mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher in privater Umgebung. Mertes hielt den FDP-Politiker in der Deutschlandfrage für „betont verfassungstreu“. Umgekehrt war Mertes für Genscher ein vertrauenswürdiger und – hinsichtlich des Stellenwertes

der Gespräche entscheidend – in seiner Partei deutschland- und außenpolitisch einflussreicher Politiker. Behutsam suchten beide, einen ost- und deutschlandpolitischen Konsens zwischen CDU/CSU und FDP wieder zu finden – Voraussetzung für weiter gehende politische Überlegungen.

Mertes ließ sich von dem Grundsatz leiten, dass die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 völkerrechtlicher Ausgangspunkt deutscher Ostpolitik sein mussten, aber angesichts der Nachkriegsrealitäten nicht das Ziel deutscher Ostpolitik sein konnten. Diesen Gedankengang stellte er in einen größeren menschenrechtlichen und europapolitischen Zusammenhang. Von ihm stammt die Formel vom unauflöslichen „Wertedreiklang“ von freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit, nationaler Einheit und europäischer Gemeinschaft.

Angesichts wachsender sachlicher und interner Probleme der sozial-liberalen Koalition entwickelte die CDU/CSU eine Strategie, die einerseits die Regierungsunfähigkeit der SPD belegen und andererseits der FDP vermitteln sollte, dass die Union Partner eines „neuen Anfangs“ auch in der Regierungsverantwortung sein konnte. Schwer wiegende Haushaltsprobleme, steigende Arbeitslosigkeit und hohe Inflationsrate waren in beziehungsweise von der sozial-liberalen Koalition nicht mehr zu bewältigen. Die Auseinandersetzung kulminierte schließlich im Streit um den NATO-Doppelbeschluss. Bundeskanzler Schmidt hatte diesen Beschluss 1979 als Reaktion auf die unprovokierte sowjetische Hochrüstung persönlich initiiert. Die SPD stellte sich in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit gegen diesen für die weitere außenpolitische Entwicklung in Europa mitentscheidenden Beschluss und damit gegen den eigenen Kanzler.

Nach der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler kehrte Alois Mertes im

Oktober 1982 als Staatsminister in das Auswärtige Amt zurück. Trotz guter persönlicher Kontakte zu Genscher, der Außenminister blieb, verfügte Mertes nur über sehr begrenzte Entscheidungsmöglichkeiten und hatte kaum Zugriff auf die personellen Ressourcen seines Hauses. Er suchte diese Nachteile durch die vielfältigen persönlichen Kontakte und Beziehungen zu kompensieren, die er seit Jahrzehnten auch international aufgebaut und gepflegt hatte.

Überwindung des Systems von Jalta

Mertes verfolgte eine außenpolitische Linie, die er – sicher auch unter Koalitionsgesichtspunkten – auf die Formel „Kontinuität und Wandel“ brachte. Die Offenhaltung der deutschen Frage und das Ziel der Überwindung des Systems von Jalta machten zugleich den qualitativen Unterschied zu den außenpolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie klar. Deren politische Kanonisierung des Status quo fand in der bewussten Ignorierung der osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen – im Besonderen der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność durch die Regierung Schmidt – ihren sichtbaren und beschämenden, vor allem aber kurzsichtigen Ausdruck. Mertes widersprach, weil er die künftige Entwicklung im sowjetischen Herrschaftsbereich anders beurteilte und die Politik der Vorgängerregierung auch seiner persönlichen Grundüberzeugung entgegengestanden hatte: Für ihn galt – ausgehend vom christlichen Menschenbild, auf das er sich immer wieder bezog –, dass der Mensch zur Freiheit bestimmt sei.

Ihren sichtbarsten Ausdruck und ihren Höhepunkt fanden die Unterschiede im Besonderen zwischen Union und SPD in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss, die sich nach dem Regierungsverlust der SPD 1982 noch ver-

schärfte. Vordergründig ging es um die Reaktion der NATO auf die sowjetische Hochrüstung, tatsächlich stand die NATO vor der Frage, ob das Bündnis überhaupt noch die Kraft besaß, so Mertes, dem „Risiko einer schleichenden politischen Selbstunterwerfung“ entgegenzutreten.

Nicht in den Waffen sah Mertes die Ursachen von Spannungen – sie waren für ihn nur Symptome eines tieferen Konfliktes. Für ihn setzte wirkliche Abrüstung den politischen Wandel voraus. Mertes teilte diese Position auf unterschiedliche Weise mit Ronald Reagan und Václav Havel (Timothy Garton Ash). Demokratischer Wandel aber war zu dieser Zeit noch kein Thema auf sowjetischer Seite. Mertes sah weder Anlass noch Möglichkeit, seine Einschätzung der sowjetischen Strategie zu revidieren.

Der Friedensbewegung rief er im Deutschen Bundestag zu, „Freiheit und Friede“ seien für ihn „ein untrennbar Ganzes, auch moralisch“. Er hielt ihr seine eigenen Kriegserfahrungen entgegen und das Schicksal der eigenen Söhne, die im Kriegsfall als Reservisten der Bundeswehr sofort einberufen würden, und schloss die Frage an: „Was gibt Ihnen eigentlich das Recht, sich eine größere Sensibilität für den Frieden zuzusprechen als mir?“

Friedensbewegung

Die grundsätzliche ethische Argumentation, aber auch die erkennbare persönliche Betroffenheit machten Mertes zu einem der wenigen Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses, denen zumindest von Teilen der Friedensbewegung persönliche Glaubwürdigkeit zuerkannt wurde. Eine Äußerung von Heinrich Böll macht dies deutlich: Beide hatten sich nachdrücklich für osteuropäische Dissidenten eingesetzt, vertraten aber in der Nachrüstungsdebatte entschieden gegensätzliche Positionen. Nach Mertes'

Tod schrieb Böll an seine Witwe Hiltrud Mertes, ihr Mann sei „einer der wenigen, wenn nicht der einzige Politiker einer Partei (gewesen), mit dem ich reden konnte und noch hätte reden können“.

Für Mertes war es eine Frage der christlichen Moral wie der politischen Klugheit, sich um Glaubwürdigkeit zu bemühen und das menschliche Miteinander auch in härtesten Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner zu wahren. Aus seiner tiefen Religiosität hat er kein Hehl gemacht, er hat sie aber auch nicht demonstrativ nach außen getragen. Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Zeit und in dem Wissen um die Wurzeln des christlichen Glaubens galt sein besonderes Interesse dem jüdischen Glauben und dem jüdischen Schicksal. Im Zusammenhang mit dem Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in der Bundesrepublik spielten Mertes' Beziehungen gerade zum amerikanischen Judentum noch eine besondere Rolle.

Kontakte zu jüdischen Amerikanern

Der Reiseplan sah vor, dass der amerikanische Präsident durch einen gemeinsamen Besuch mit Bundeskanzler Kohl auf einem deutschen Soldatenfriedhof vierzig Jahre nach Kriegsende ein demonstratives Zeichen der Versöhnung setzen sollte. Besonders in den USA entstand eine heftige Kontroverse, die noch eskalierte, als sich herausstellte, dass auf dem vorgesehenen Friedhof in Bitburg auch einige Angehörige der Waffen-SS beigesetzt waren.

Mertes flog nach New York und hielt wenige Tage vor dem Präsidenten-Besuch bei der Jahresversammlung des American Jewish Committee eine viel beachtete Rede. Er sprach von der „Ruchlosigkeit der nationalsozialistischen Diktatur“, die Deutschlands Namen „mit dem planmäßigen Völkermord“ belastet habe, dem „Genozid“ am jüdischen Volk. Er fügte

aber auch offen – und für jüdisch-amerikanische Zuhörer nicht selbstverständlich – hinzu, dass Hitler „unser eigenes Volk missbraucht“ habe, ganz besonders die „Loyalität des deutschen Soldaten gegenüber seinem Vaterland“. Unter Berufung auf Arthur Burns, den US-Botschafter in Bonn, der zur jüdischen Gemeinschaft seiner Nation gehörte, mahnte er ebenso die Pflicht an, „auch all des Großen und Guten zu gedenken, das unser Volk der Menschheit gegeben hat“. Nach den Verbrechen des Nationalsozialismus sei der deutsche Patriotismus „nicht mehr zu trennen von der Treue zu den Menschenrechten und zur Demokratie“. Mertes schloss, seine gläubigen Eltern und sein verstorbener älterer Bruder, der katholischer Priester gewesen sei, hätten ihn „gelehrt, Ehrfurcht zu haben vor jüdischer Frömmigkeit und jüdischer Gesetzestreue“.

Es war eine große, schwierige und sicher eine der wichtigsten Reden, die Mertes gehalten hat. Das Echo in den USA hat weit über den aktuellen Anlass hinaus Wirkung gezeigt. Ein Beispiel dafür ist die Alois Mertes Memorial Lecture, die das American Jewish Committee in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet.

Wenige Wochen nach seiner New Yorker Rede ist Alois Mertes am 16. Juni 1985 an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben. Sein letzter Vortrag, den er beim Bund der Vertriebenen hielt, galt einer politischen Aufgabe, von deren friedlicher Lösung er überzeugt war, deren Erfüllung er aber nicht mehr erlebte: der Einheit Deutschlands.

Idealistischer Realist

Seine umfassende historische Bildung, die analytischen Fähigkeiten, die sprach-

liche Präzision und sein disziplinierter Fleiß machten Mertes zu einer von den politischen Freunden geschätzten und von den Gegnern respektierten Persönlichkeit. Politische Beliebigkeit, fragwürdige Argumentationen und unscharfe Begriffe forderten seinen Widerspruch heraus. Eine „Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion“ etwa, wie sie Egon Bahr apostrophierte, belegte für ihn einen hohen Grad an intellektueller und ethischer Fragwürdigkeit.

Partnerschaft konnte es für ihn nur zwischen frei gewählten Regierungen freier Völker, nicht aber mit totalitären Regimes geben. Für alle Zeit musste aus der Sicht von Alois Mertes klar sein, dass die Bundesrepublik Deutschland unzweideutig ein demokratischer Staat westlicher Prägung ist. Die außenpolitische Doktrin des freien Deutschland konnte nicht eine imaginäre politische Mittlerrolle zwischen West und Ost sein, sondern nur die Integration in den Westen, die Verbindung mit dem freien Europa und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Auf dieser Basis konnte und musste für Alois Mertes die Verständigung mit den östlichen Nachbarn gelingen.

Seine persönliche Unabhängigkeit in Fraktion und Partei erlaubte es ihm stärker als anderen, die Bedeutung des „Ethischen“ in der Politik zu betonen. Idealismus war für ihn kein zwangsläufiger Gegensatz zu politischem Realismus: Die in seiner Zeit – übrigens auch in der eigenen Partei – eher ungewöhnliche These, die deutsche Frage sei in erster Linie eine Frage der Menschenrechte, erfuhr vier Jahre nach seinem Tod eine, wie es Timothy Garton Ash formulierte, „triumphale Bestätigung“.